

Bericht zur Abschlussveranstaltung am 9.12.2019

Projektziel erreicht: das unabhängige Ombudssystem für die Kinder- und Jugendhilfe in Baden-Württemberg ist aufgebaut

„Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg ein gesundes und gutes Aufwachsen ermöglichen. Dazu müssen wir ihnen in erster Linie zuhören und ihre Belange ernst nehmen. Mit der Ombudschaft wollen wir Kinder, Jugendliche und Sorgeberechtigte stärker an den Prozessen innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe beteiligen. Dafür haben wir im Land in Kooperation von privaten und öffentlichen Trägern jetzt die notwendige Grundlage geschaffen“, verkündete Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha die zentrale Botschaft seines Vortrags auf der Abschlussveranstaltung des Projekts Ombudschaft Jugendhilfe am 9.12.2019 im Stuttgarter Literaturhaus, zu dem fast 100 Gäste erschienen waren.



Sozialminister Manne Lucha MdL

Zuvor hatte der Geschäftsführer der Liga der freien Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg e.V., Dr. John Litau, bei seiner Begrüßung die Entstehung von Ombudschaft vor 200 Jahren in Schweden bis hin zur heutigen Umsetzung im Projekt umrissen. Bereits mit der Initiative Habakuk haben Verbände der freien Jugendhilfe in Baden Württemberg vor 14 Jahren wegweisende Schritte unternommen, um ombudtschaftliche Beratung als notwendige Beschwerdeform für junge Menschen und ihre Familien zu etablieren. Die daraus gewonnene Expertise ist nun in das von der Liga getragene und von der Stiftung Kinderland Baden-Württemberg finanzierte Projekt „Aufbau und Implementierung eines unabhängigen Ombudssystems für die Jugendhilfe in Baden-Württemberg“ geflossen. Unter Federführung des Caritasverbands für die Erzdiözese Freiburg e.V. wurde in den vergangenen drei Jahren daran gearbeitet, gesetzliche Unterstützungsangebote im SGB VIII für Kinder, Jugendliche und Familien transparent und leichter zugänglich zu machen. Bei den unabhängigen Ombudsstellen in Baden-Württemberg finden sie nun kostenfrei und vertraulich Beratung, Begleitung und Vermittlung bei Konflikten mit Einrichtungen oder dem Jugendamt. Wie in der UN-Kinderrechtskonvention gefordert stehen dabei die Interessen der Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt.

Bericht zur Abschlussveranstaltung am 9.12.2019

Über die Arbeit in den Ombudsstellen berichteten nach der Rede von Minister Manfred Lucha die Beraterinnen Annette Berner, Melanie Staimer, Brigitte Thormann und Michaela Wurzel und erläuterten ihre Herangehensweise an konfliktreiche Gesprächssituationen. Manuel Arnegger und Esther Peylo gaben Einblicke in die Herausforderungen der Projektleitung und luden die Anwesenden dazu ein, sich mit Hilfe des ausgeteilten Abschlussberichts „Machtausgleich im Dialog – aushandeln statt aushalten“ tiefere Einblicke in das komplexe Thema zu verschaffen. So haben sich im Zeitraum zwischen 2016 bis Juli 2019 landesweit 446 Ratsuchende an die vier Beratungsstellen in Freiburg, Heidelberg, Stuttgart und Tübingen gewandt, darunter größtenteils Erziehungsberechtigte und Fachkräfte, aber auch Jugendliche und junge Erwachsene. In mehr als der Hälfte der Anfragen ging es um den Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung (§27 SGB VIII), zu Eingliederungshilfen und Hilfen für junge Volljährige gab es ebenfalls zahlreiche Anfragen.

Als Expertinnen in eigener Sache äußerten die 13jährigen Mädchen M. und S. im anschließenden Interview mit Geschäftsführerin Stefanie Krauter Tipps und Wünsche zum Ausbau des Ombudssystems. Um Jugendliche mit dem Beratungsangebot zu erreichen müsse das Infomaterial aussagekräftig gestaltet sein, die Beratung möglichst ortsnahe stattfinden sowie männliche und weibliche Ansprechpersonen zur Verfügung stehen.

Künstlerischer Höhepunkt und Abschluss der Veranstaltung war der Auftritt des Karlsruher Kabarettisten und Liedermachers Gunzi Heil, dem es gelang, ein sperriges Thema humorvoll in Szene zu setzen und für Kinderrechte zu werben. So verdeutlichte er anschaulich die Funktion von Ombudschaft als Feuerlöscher mit dem Balanceakt des Machtausgleichs.



Gunzi Heil

Bericht zur Abschlussveranstaltung am 9.12.2019

„Im Rahmen des Projekts ist es uns gelungen, die Interessen und die Entwicklung von Beteiligungs- und Beschwerdekompetenzen von Kindern und Jugendlichen in der Jugendhilfe zu stärken. Nur wer seine Rechte kennt, kann sich dafür einsetzen“, freute sich Projektleiterin Esther Peylo und dankte allen, die in Gremien, Veranstaltungen und Kooperationen zum Gelingen des Projekts beigetragen haben. Nun soll es in neuen Trägerstrukturen darum gehen, das bisherige Angebot weiter auszubauen und der steigenden Nachfrage anzupassen. Zudem soll im geplanten landesweiten unabhängigen Ombudssystem auch für Betroffene der Heimerziehung 1949 - 1975 ein Informations- und Beratungsservice zur Verfügung stehen.



v.l.n.r.: Esther Peylo, Manuel Arnegger, Brigitte Thormann, Annette Berner, Melanie Staimer, Michaela Wurzel